

Der Konflikt zwischen Parteidisziplin und sozialistischer Überzeugung

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **51 (1972)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338493>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Konflikt zwischen Parteidisziplin und sozialistischer Überzeugung

Der Streit um die britische EWG-Entscheidung

Die schwere Krise, in die die britische Labour Party erst durch die Auseinandersetzung und dann durch die parlamentarische Abstimmung über einen britischen Beitritt zu den europäischen Gemeinschaften gestürzt wurde, kann nicht ohne Auswirkungen auf die gesamte sozialistische Bewegung in Europa bleiben – jenseits allen Erwägungen darüber, ob ein britischer Beitritt Grossbritannien mehr Vorteile oder Nachteile bringt. Es hat bisher nie einen Fall gegeben, in dem die grösste sozialdemokratische Partei der Welt einen Beschluss fasst, der im vollkommenen Widerspruch zur Haltung aller sozialdemokratischen Parteien Europas steht. Die dadurch geschaffene Situation ist so ausserordentlich, dass sie einer gründlichen Darstellung bedarf.

Ein Vorgang ohne Vorbild

Es ist die gemeinsame Auffassung der sozialdemokratischen Parteien des europäischen Festlandes, dass der mit überraschend grosser Mehrheit von 112 Stimmen im Unterhaus beschlossene britische Beitritt zu den europäischen Gemeinschaften zu begrüessen ist, weil er Demokratie, Stabilität und sozialen Fortschritt in ganz Europa stärkt. Die Genugtuung darüber, dass es endlich so weit gekommen ist, wird freilich getrübt durch die Tatsache, dass die britische Labour Party durch eine Verkettung von vielfach zufälligen Umständen daran gehindert war, zu dieser von ihr selbst in der Regierung initiierten Politik ein lautes «Ja» zu sagen. Die offizielle Parteiführung war gezwungen, sich in Gegensatz zur sozialdemokratischen Bewegung des Kontinents zu stellen und die Nein-Parole auszugeben; aber 69 sozialistische Abgeordnete des Unterhauses haben den Gedanken der internationalen sozialistischen Solidarität höher gestellt als formale Parteibeschlüsse und dafür gesorgt, dass das Band zu den Sozialisten aller Länder nicht zerrissen wird. Zwanzig weitere Abgeordnete haben sich gewei-gert, der Nein-Parole Folge zu leisten, indem sie sich der Abstimmung enthielten, während eine Reihe von Abgeordneten, die Anhänger eines britischen Eintrittes in den Gemeinsamen Markt sind, «um des lieben Friedens willen» sich dem Parteitags- und Fraktionsbeschluss untergeordnet haben. Aber es war ein Vorgang ohne Vorbild. Der Stellvertretende Parteiführer *Roy Jenkins*, der alle Aufforderungen ignoriert hatte, zunächst einmal sein Amt niederzulegen, wenn er offiziell für den Gemeinsamen Markt stimmen wolle, hat das Odium auf sich genommen, durch eine Ja-Stimme in eine scheinbare Einheitsfront mit einer reaktionären konservativen Regierung zu gelangen. Der Vorsitzende der Labourfraktion im Unterhaus, der all-

seits geachtete ehemalige Minister *Douglas Houghton*, hat in Missachtung des unter seinem Vorsitz gefassten Beschlusses gleichfalls für den Beitritt zum Gemeinsamen Markt gestimmt. Sowohl Jenkins wie auch Houghton haben nach dem zufälligerweise gleich darauf fälligen Ablauf ihrer Funktionen neuerlich und erfolgreich für diese kandidiert. Im Gegensatz zum Fraktionsbeschluss haben zum Beispiel auch der Vorsitzende der Labourfraktion im Oberhaus, der frühere Minister Lord *Shackleton* und die dem Oberhaus angehörende Witwe Hugh Gaitskells gestimmt.

Der frühere Minister *Charles Pannell*, ein Mann mit fünfzigjähriger aktiver Parteitätigkeit, hat die Tatsache, dass er zum erstenmal in seinem Leben einem Fraktionsbeschluss zuwiderhandelt, mit der klassischen Formulierung begründet: «Ich werde abstimmen als freier Mann, als internationaler Sozialist und als Mitglied der Labour Party, und zwar in dieser Rangordnung.» Die Möglichkeit, sich der Befolgung eines Fraktionsbeschlusses durch Nichtteilnahme an der Abstimmung zu entziehen, wird den Labour-Abgeordneten in der Geschäftsordnung der parlamentarischen Fraktion für den Fall garantiert, dass sie eine solche Befolgung in einen Gewissenskonflikt stürzen würde. Die gleiche Toleranz wird aber nicht denen gegenüber gezeigt, die direkt im Gegensatz zum Beschluss der Fraktion stimmen. Trotzdem werden im allgemeinen daraus keine Konsequenzen gezogen. 1967 haben 40 Labour-Abgeordnete gegen die Billigung des Vorschlages der Regierung Wilson gestimmt, Grossbritannien möge sich um die Aufnahme in die europäischen Gemeinschaften bewerben. Das hat die Fraktion damals, ohne Disziplinar massnahmen zu ergreifen, zur Kenntnis genommen. Die Rebellen von 1967 verweisen aber heute darauf (obwohl das gar nicht so hundertprozentig stimmt), dass sie niemals – wie jetzt die 69 Parlamentarier von 1971 – zusammen mit den Konservativen votiert und dadurch gegen einen Parteibeschluss revoltiert haben. Die Tatsache, dass die unentwegten Beitrittsanhänger in der Labour Party der konservativen Regierung Heath durch ihre Abstimmung in dieser Frage erst zu einer Mehrheit verholfen haben, hat ihnen natürlich schon vorher grosse Gewissensbisse verursacht und bildet für sie zweifellos ein Dilemma, aus dem sie den Ausweg des in ihren Augen kleineren Übels nahmen. Die ursprüngliche Deklaration der sozialistischen Beitrittsanhänger umfasste hundert Namen von Abgeordneten und war von Willy Brandt, Pietro Nenni und einer Reihe anderer nichtbritischer Sozialisten mitunterschrieben. Das Stimmen einer Reihe von Beitrittsanhängern im Sinne des Partei- und Fraktionsbeschlusses ist dann auch auf die Befürchtung zurückzuführen, durch eine andere Abstimmung in den Augen ihrer Wähler in eine wenn auch nur zeitweise Koalition mit den Konservativen zu geraten. Die Aufregung der fanatischen Beitrittsgegner über die 69 konsequenten sozialistischen Beitrittsanhänger, die sich für verpflichtet hielten, im Sinne der Politik der ehemaligen Labour-Regierung zu entscheiden, gewinnt allerdings ein etwas anderes Gesicht, wenn man einen Blick auf deren zeit-

weisen Koalitionsgenossen wirft, nämlich auf die 39 ultrakonservativen Abgeordneten, die mit der Mehrheit der Labour-Fraktion gegen die Regierung Heath und die Mitgliedschaft am Gemeinsamen Markt gestimmt haben. Sollte es wirklich eine sozialistische Tugend sein, mit den grössten konservativen Reaktionären zusammen, dem Rassisten *Enoch Powell* und dem nordirischen faschistisch angehauchten Pastor *Ian Paisley*, gegen den Beitritt zu stimmen, während eine Abstimmung im Einklang mit *Willy Brandt* und der europäischen Sozialdemokratie als Verrat am Sozialismus hingestellt werden kann? Ein Dilemma bestand auf beiden Seiten und nicht nur auf einer.

Hätte man die Regierung Heath stürzen können?

Das Argument der entschiedenen Beitrittsgegner, man hätte bei der Abstimmung über den Beitritt zum Gemeinsamen Markt die Regierung Heath schlagen können, da sie nur eine kleine parlamentarische Mehrheit von 25 Stimmen hat, die durch die Gegenstimmen der konservativen «Rebellen» gegen den Beitritt aufgehoben würde, dass man damit Neuwahlen erzielen und die Labour Party zur regierenden Partei machen könnte, geht freilich von einigen falschen Voraussetzungen aus. Zunächst einmal hat Heath dadurch, dass er den konservativen Abgeordneten freistellte, für oder gegen den Regierungsantrag zu stimmen, auch einer Abstimmungsniederlage für ihn die politische Bedeutung einer Verpflichtung zur Demission genommen. Aber selbst wenn dem anders wäre, hätte Heath nach einer Abstimmungsniederlage sofort die «Vertrauensfrage» gestellt, worauf auch alle konservativen Rebellen für die Regierung gestimmt und sie damit gerettet hätten. Die Parole, einer reaktionären Regierung unter allen Umständen und bei jeder Gelegenheit Schwierigkeiten zu bereiten, mag für die Belebung des Kampfgeistes in der Labour Party gut sein, doch muss ihr unter den gegebenen Umständen der politische Erfolg versagt bleiben, ganz abgesehen davon, dass die Labour Party, die in allen anderen Fragen gute Aussichten hätte, bei einem Wahlkampf die Regierung Heath zu schlagen, angesichts ihrer Zerrissenheit in der Europa-Frage dem konservativen Gegenspieler so viel Angriffsflächen bietet, dass man an dem für sie günstigen Ausgang eines Wahlkampfes in diesem Augenblick zweifeln müsste.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Mit der einmaligen Abstimmung über den Anschluss an die europäischen Gemeinschaften ist aber die Sache im britischen Parlament noch nicht abgetan. Das ganze nächste Jahr bis zu dem für den 1. Jänner 1973 angesetzten Eintrittsdatum wird mit der parlamentarischen Verhandlung der detaillierten, sich aus dem Beitrittsbeschluss ergebenden Gesetzgebung befasst sein, vor allem mit der Anpassung der britischen Institutionen an die mit dem Vertrag von Rom geschaffenen Erfordernisse, und die Situation

für die Regierung Heath ist hier nicht einfach, denn sie weiss nicht, wieviele der 39 entschiedenen konservativen Beitrittsgegner (es gibt deren natürlich in Wirklichkeit weit mehr, aber viele stellen die Loyalität zu ihrer Regierung vor ihre Gegnerschaft zu einer europäischen Zusammenarbeit) ihr bei den einzelnen Abstimmungen die Gefolgschaft versagen werden. Die 69 entschiedenen sozialistischen Beitragsanhänger sind ebenso wenig eine geschlossene Gruppe wie die 39 konservativen Beitrittsgegner, so dass man von keiner der beiden Seiten eine kollektive Entscheidung erwarten kann darüber, wie sie vorgehen werden. Unter den 69 sozialistischen Beitrittsanhängern überwiegt die Ansicht, sie hätten mit ihrer einmaligen Abstimmung ihre Pflicht gegenüber dem internationalen Sozialismus und der früheren Labour-Regierung getan, während es jetzt Sache der Regierung Heath sei, selbst für eine parlamentarische Mehrheit für die weitere Gesetzgebung zu sorgen. Andere halten das wieder für unlogisch und meinen, wer A zum Beitritt gesagt hat, könne das B zur Durchführung dieses Beschlusses nicht verweigern. Eine dritte Ansicht, die zum Beispiel vom früheren Aussenminister Michael Stewart vertreten wird, ist die, dass man den Konservativen sagen sollte, sie könnten so lange auf keine sozialistischen Ja-Stimmen für die Durchführungsgesetze rechnen, so lange sie auf ihrer antisozialen Gesetzgebung auf anderen Gebieten beharren. Es geht aber nicht nur um die Endabstimmung über eine Unzahl von Gesetzen, sondern um die ungezählten Teilabstimmungen und um die in der Geschäftsordnung verankerten zahlreichen Möglichkeiten, einem Regierungsvorschlag Schwierigkeiten zu bereiten. Auch wenn die 69 «Rebellen» nicht weiter rebellieren, sondern geschlossen mit der Mehrheit der Labour-Abgeordneten stimmen sollten, kann man von ihnen kaum erwarten, dass sie die Regierung zur Abhaltung von Nachtsitzungen zwingen und sie dann durch Geschäftsordnungsdebatten in den frühen Morgenstunden an der zeitgerechten Vollendung der notwendigen Gesetzgebung erfolgreich hindern. Wie dem auch immer sei, die parlamentarische Erfüllung des ursprünglichen Beitrittsbeschlusses wird einer Regierung mit einer schwachen Mehrheit viele Verlegenheiten bereiten. Es kann aber kaum ein Zweifel daran bestehen, dass sie die Schlacht am Ende gewinnen wird, weil sich im Notfall immer genug konservative Beitrittsgegner zur Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit bereitfinden werden.

Die Haltung Harold Wilsons

Wie ist in dieser Situation die Haltung des Parteiführers *Harold Wilson*? Er hatte, wie er im Januar 1967 in der Beratenden Versammlung des Europarates in Strassburg freimütig sagte, seinen ursprünglichen Skeptizismus in bezug auf einen britischen Beitritt auf Grund der praktischen Erfahrungen mit der Wirksamkeit der europäischen Gemeinschaften überwunden und sich für einen zweiten Versuch – de Gaulle hatte den ersten Versuch des konservativen Premierministers Macmillan um einen Beitritt

1963 ein Veto entgegengesetzt – entschlossen, sein Land in die europäischen Gemeinschaften zu führen. Dieser Beschluss wurde im Mai 1967 vom Parlament und im Oktober 1967 vom Parteitag der Labour Party – in diesem Falle natürlich gegen eine starke Opposition – gebilligt. In allen seinen Reden hat Wilson die grossen Vorteile hervorgehoben, die sich sowohl für sein eigenes Land wie auch für Europa aus der Zusammenarbeit im Rahmen dieser Gemeinschaften ergeben könnten, und er hat vor allem den europäischen Partnern den Gedanken unterbreitet, dass die Ergebnisse der fortgeschrittenen britischen Technologie sich dadurch zum Segen einer weit grösseren Einheit auswirken könnten. Als er in Strassburg sprach, unterstrich er besonders, dass «die letzte Entscheidung nicht auf einer auf dem Computerwege durchgeführten Analyse genau ausgewogener wirtschaftlicher Erwägungen beruhen könne». Nachdem ein zweites Veto de Gaulles auch diesem Versuch ein Ende machte, beharrte Wilson darauf, dass die britische Anmeldung auf der Tagesordnung bleiben müsse, und nach de Gaulles Abtreten erneuerte er sie. Die Verhandlungen darüber hätten beginnen sollen, als die Regierung Wilson bei den Wahlen geschlagen und durch eine konservative Regierung ersetzt wurde. Die früheren Auseinandersetzungen über die Vor- und Nachteile eines britischen Beitrittes hatten die nichtpolitische Öffentlichkeit in Grossbritannien verhältnismässig ungerührt gelassen, aber als deutlich wurde, dass die erste sichtbare Auswirkung eines britischen Beitrittes, ehe sich irgendwelche günstigen Folgen einstellen, ein Ansteigen der Lebensmittelpreise sein müsste, hat sich die Opposition im Lande und damit in der Labour Party gegen den britischen Beitritt versteift. Die Taktik, eine definitive Entscheidung der Labour Party bis zum Vorliegen der in Brüssel von der konservativen Regierung ausgehandelten Beitrittsbedingungen zu verschieben, musste natürlich in dem Augenblick aufgegeben werden, als diese Bedingungen vorlagen. Nun blieb es Wilson nicht erspart, Stellung zu beziehen, und da es klar war, dass er mit einer positiven Einstellung weder auf dem Parteitag noch in der Fraktion durchdringen könne, musste er das Steuer herumreissen. Die gegenwärtige Krise der Labour Party ist natürlich eine Folge des Umstandes, dass eine grosse demokratische Partei eine völlige Schwenkung ihrer Politik in einer grundsätzlichen Frage ohne schwere Erschütterungen ihrer Grundlagen einfach nicht durchzuführen vermag. Die höhnischen Kommentare, mit denen ein Grossteil der Presse am europäischen Festland daraufhin Wilson bedacht hat – einem Kiebitz ist kein Spiel zu hoch –, waren aber fehl am Platze, da die Bemühungen um den unter den gegebenen Umständen immerhin noch möglichen Grad des Zusammenhaltens der Partei natürlich Pflicht des Parteiführers ist, und zwar unter Hintansetzung seines Prestiges, eines Teiles seiner Reputation, sogar mit der möglichen Konsequenz, dass er nie wieder Regierungschef wird.

Hatte Wilson eine andere Wahl?

Es blieb Wilson also nichts anderes übrig, als die von der konservativen Regierung bei den Verhandlungen in Brüssel und Luxemburg erzielten Beitrittsbedingungen als unannehmbar zu bezeichnen und sich dabei der von ihm selbst 1967 abgelehnten Methode zu bedienen, seinen Standpunkt auf «genau ausgewogene wirtschaftliche Erwägungen» aufzubauen. Er war sich wohl von allem Anfang an darüber klar, dass ihm hier ein voller Erfolg versagt bleiben musste, aber eine starke Mehrheit für einen solchen Standpunkt am Parteitag und in der Fraktion mitzureissen, wäre niemandem anderem als Harold Wilson gelungen, der zweifellos der geschickteste Politiker des Landes ist und trotz der Wahlniederlage im Vorjahr auch der in allen Bevölkerungskreisen angesehenste. Nichtsdestoweniger haben sich sämtliche ehemaligen Mitglieder seiner Regierung, die ressortmässig direkt mit der EWG-Frage zu tun hatten, gegen die Verketzerung der Beitrittsbedingungen gestellt, die die Labour-Propaganda gezwungen war, als «konservative Bedingungen» («no entry on Tory terms») abzuwerten, obwohl es sich um Bedingungen handelt, die unter dem starken Einfluss der sozialdemokratisch geführten Regierung der Bundesrepublik zustande gekommen sind. Die drei Parteifunktionäre, die Aussenminister der Regierung Wilson gewesen waren, Patrick Gordon Walker, George Brown und Michael Stewart, haben ebenso wie ihre engeren Mitarbeiter erklärt, dass die Bedingungen ungefähr dem entsprechen, was eine Regierung Wilson angenommen hätte. Sechs ehemalige Mitglieder der Regierung haben versucht, hier Wilson zu Hilfe zu kommen und haben eine Erklärung veröffentlicht, dass sie einer Aufnahme unter diesen Bedingungen nie zugestimmt hätten; ihre Erklärung hat sich jedoch als ein Schlag ins Wasser erwiesen, da von ihnen bekannt ist, dass sie sich gegen einen Beitritt unter allen vorstellbaren Bedingungen stellen würden. Das Endergebnis der Abstimmung hat Wilsons Behauptung, eine Labour-Regierung hätte unter diesen Umständen nicht zugestimmt, nicht eindeutig bestätigt. Nur zehn ehemalige Mitglieder des Kabinetts Wilson (ihn eingeschlossen) haben im Unterhaus gegen einen Beitritt gestimmt, aber elf ehemalige Mitglieder haben entweder eine Ja-Stimme abgegeben oder sich der Stimme enthalten.

Neuverhandlung der Beitrittsbedingungen durch Labour?

Um den Versuch radikaler Beitrittsgegner abzuwehren, die eine künftige Labour-Regierung darauf festlegen wollten, den Beitritt des Landes zu den europäischen Gemeinschaften zu widerrufen, musste Wilson die Konzession der Zusage machen, eine künftige Labour-Regierung werde sich um bessere Bedingungen, also um die Revision eines abgeschlossenen Vertrages, bemühen – etwas, was in den letzten Jahrhunderten der internationalen Zusammenarbeit nie erfolgreich durchgesetzt werden konnte –, und wenn man ihr nicht entgegenkomme, werde sie die Arbeit im Gemein-

samen Markt sabotieren. Er brachte das in gewundenen Sätzen mit vielen «Wenn» und «Aber» vor, so dass der einfache Mensch die Dinge kaum mehr verstehen kann. Aber gerade das birgt die Gefahr in sich, dass diese einfachen Menschen einer klaren, wenn auch nicht immer unbedingt angenehmen Politik den Vorzug vor nebulösen und praktisch kaum verwirklichtbaren Ankündigungen geben und dass das Land nicht so bald wieder eine Labour-Regierung haben wird.

Das Profil von Roy Jenkins

Das Breittreten dramatischer Gegensätze in der Labour Party durch die Massenpresse und das Fernsehen hat einen Streit um grundsätzliche Fragen wesentlich auf einen Streit um Personen reduziert und die Dinge so dargestellt, als würde es sich hauptsächlich um Roy Jenkins, Wilsons Stellvertreter in der Parteiführung, und dessen Zukunft handeln. Das ist natürlich nicht der Fall. Trotzdem muss in diesem Zusammenhang einiges über die Person von Roy Jenkins gesagt werden, der ausserhalb Grossbritanniens bisher wenig bekannt ist. Es ist nicht leicht, ihn irgendwie einzuordnen, ausser dass man sagen kann, dass er sich sicherlich nicht zur Linken der Bewegung zählt. Jenkins wurde 1920 als Sohn eines Bergarbeiters in Wales geboren, der sich aus eigener Kraft ein bedeutendes Wissen erworben hatte, später Abgeordneter wurde und von 1945 an Parlamentarischer Privatsekretär des sozialistischen Premierministers Clement Attlee war. Roy Jenkins ist also gewissermassen in die Partei hineingeboren, aber er ist alles andere als ein der Politik völlig verhafteter Mann. Wenn er auch seit 1948 ununterbrochen dem Unterhaus angehört, gründete sich sein Ruhm im Lande zunächst auf seine schriftstellerische Tätigkeit, und die politischen Biographien, deren Autor er ist (sein erstes Buch war eine Attlee-Biographie), gehören zu Spitzenleistungen der modernen englischen Literatur. Es heisst von Jenkins, dass er wiederholt erwogen hat, sich völlig aus der Politik zurückzuziehen und sich ganz dem Schriftstellerberuf hinzugeben. Jedenfalls ist er nicht dafür bekannt, dass er je grossen politischen Ehrgeiz entwickelt und sich um führende Funktionen beworben hätte; sie sind ihm nach und nach zugefallen, weil er sich in allen ihm anvertrauten Ämtern so hervorragend bewährt hat. Der Regierung Wilson von Anfang an (1964) angehörend, hat er sich besonders als ein moderner, human eingestellter Innenminister und als ein hervorragender Schatzkanzler einen im ganzen Land – und auch bei den politischen Gegnern – anerkannten Ruf gemacht.

Es geht nicht um «Links» gegen «Rechts» oder umgekehrt

Dass er jetzt als unzweifelhafter Disziplinbrecher in seinem Amt als Stellvertretender Parteiführer im zweiten Wahlgang bestätigt wurde – und das mit den Stimmen vieler, die gar nicht mit seiner Europapolitik einverstanden sind –, ist ironischerweise durch die mannhafte Haltung mit her-

beigeführt worden, die er nach dem «Sündenfall» des Stimmens gegen den Fraktionsbeschluss bewiesen hat. Als er sich zur Wiederwahl stellte, hatte er zwar gesagt, er werde sich in Zukunft bemühen, mit der Fraktion zu stimmen, aber er betonte, man könne von ihm nicht erwarten, in einer grundsätzlichen Frage der Europapolitik sein wohlerwogenes Votum für den britischen Eintritt unter den gegenwärtigen Umständen in Zweifel zu stellen. Lieber würde er dann auf sein Amt verzichten und als einfacher Abgeordneter in der Fraktion bleiben. Die Unerschütterlichkeit dieser Haltung hat vielen Menschen innerhalb und ausserhalb der Labour Party imponiert, die entweder mit Jenkins in der aktuellen Streitfrage gar nicht einer Meinung oder an ihr völlig uninteressiert sind. In der gegebenen Situation könnte es sich die Labour Party gar nicht erlauben, einen Mann von der intellektuellen Integrität eines Roy Jenkins fallenzulassen. Die von ihm ausgesprochene Bereitschaft, gegebenenfalls zu demissionieren, kann sich in der Zukunft sogar als ein Druckmittel erweisen, ihn zu bewegen, unter ihm zu machenden Konzessionen zu bleiben. Die Wiederwahl von Jenkins zum Stellvertretenden Parteiführer unter diesen aussergewöhnlichen Umständen hat aber auch gezeigt, dass die Europafrage, so wichtig sie auch ist, nicht das Alpha und Omega der gesamten Labour-Politik darstellt, um so mehr als es sich hier gar nicht um eine Auseinandersetzung zwischen «rechts» und «links» handelt. Es hat auf dem rechten und dem linken Flügel wie auch in der Mitte der Labour Party Funktionäre gegeben, die einen Beitritt zu den europäischen Gemeinschaften unter den gegebenen oder auch unter allen Bedingungen ablehnen, und es hat unter den 89 Abgeordneten, die sich gegen den Fraktionsbeschluss auflehnten, solche gegeben, die man als «rechts» und solche, die man als «links» bezeichnen kann. Die «Rechten» betonen mehr die allgemeinen Aspekte des europäischen Zusammenschlusses und seiner Vorteile, die «Linken» mehr die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien des Festlandes und die Möglichkeiten, auf dem Weg über den grösseren Wirtschaftsraum zu einem entschiedeneren sozialen Fortschritt im eigenen Land zu gelangen. Viele Beitrittsgegner betrachten die Angelegenheit mit ihrer Abstimmung für abgeschlossen und haben nicht das geringste Interesse daran, gegen jene Parteifunktionäre, die anderer Meinung waren und dieser Ausdruck gaben, eine Hexenjagd zu eröffnen. Aber für eine sich gerne als betont links bezeichnende und die Rolle des sozialistischen Gewissens der Partei usurpierende Gruppe innerhalb der Partei war die Europafrage ebenso wie andere populäre Forderungen früheren Zeiten, wie der Widerstand gegen die deutsche Aufrüstung oder gegen die Herstellung britischer Kernwaffen, ein geeignetes Mittel, unter dem Vorwand der Bekämpfung von Disziplinbrechern, die einer konservativen Regierung das Leben gerettet haben, grundlegende Änderungen in Parteiführung und Parteipolitik durchzusetzen. Es ging und geht um einen Versuch, die Labour Party ihrer traditionellen sozialdemokratischen Poli-

tik im Rahmen der Sozialistischen Internationale zu entfremden und sie zu einer in den weltpolitischen Auseinandersetzungen neutralistischen Haltung zu bestimmen. Dagegen würden sich natürlich weite Kreise der Parteimitgliedschaft entschieden zur Wehr setzen, so dass es nie zu einem Frieden innerhalb der Partei und einem einheitlichen Auftreten kommen könnte. Die Bestätigung von Roy Jenkins in seinem Amt hat zwar diesen Auseinandersetzungen kein Ende gesetzt, aber doch die Stellung der gegenwärtigen Parteiführung konsolidiert und damit die Erfolgsaussichten für die Wiedergewinnung der politischen Macht verstärkt. Es ist zwar keineswegs so, dass der Labour Party die Stimmen aller Arbeiter immer sicher sind und dass sie nur um die Stimmen der Randschichten zu kämpfen hätte, aber das britische Wahlrecht hat zur Folge, dass Wahlkreise, die vorwiegend von Arbeitern bewohnt sind, seit Jahrzehnten ein fester Besitzstand der Labour Party sind, und Wahlkreise mit einer vorwiegend ländlichen Bevölkerung seit jeher ein fester Besitzstand der Konservativen. Der eigentliche Wahlkampf geht immer um die etwa hundert Wahlkreise, die nicht zum festen Besitzstand einer der beiden Parteien gehören, und in diesen Wahlkreisen kann Labour nur siegen, wenn die Partei die Grenzsichten und die Intellektuellen mitreisst. Das kann sie aber nur, wenn Personen von der Statur und dem Ansehen von Roy Jenkins mit an der Spitze stehen. Letzten Endes ging es ja bei den Auseinandersetzungen um die Wiederwahl von Jenkins vor allem um den Versuch, ihn aus einer Position zu verdrängen, die ihm eine starke Aussicht bieten würde, einmal Nachfolger des jetzt 55jährigen Parteiführers Harold Wilson zu werden. Es ist weder gesagt, dass er diesen Ehrgeiz hat noch dass er diese Position je erreichen wird, aber die Schwäche seiner Gegner innerhalb der Partei ist, dass sie ihm keinen gleichwertigen Gegenkandidaten entgegenzustellen vermögen, wie es auch wieder seine Schwäche ist, dass er auf viele Menschen zu «akademisch» wirkt und kein «Mann des Volkes» ist. (Seine beiden Gegenkandidaten *Michael Foot* und *Anthony Wedgwood-Benn* sind gleichfalls Intellektuelle.)

Die unmittelbare Zukunft

Im internationalen Bereich wird man zweifellos versuchen, den Zwiespalt zwischen den offiziellen Auffassungen der kontinentalen und der britischen Sozialisten durch eine Einladung an die Briten zu überbrücken, sich mit den Sozialisten der sechs Länder in den Organen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu einem konstruktiven Bemühen um mehr Demokratie innerhalb der Gemeinschaft zusammenzufinden. Im gewerkschaftlichen Feld sind Bestrebungen, dem Britischen Gewerkschaftsbund zu einer solchen Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Gemeinschaft zu veranlassen, bereits im Gange.